

# Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung.....	15
I. Der Befund: Vergleichsweise geringe Verbreitung materieller Arbeitnehmerbeteiligung in Deutschland .....	19
II. Der Gang der Untersuchung: Arbeitnehmerbeteiligung durch Entgeltflexibilisierung auf Unternehmensebene.....	23
B. Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Arbeitnehmerbeteiligung im internationalen Vergleich .....	27
I. Gegenstand der materiellen Arbeitnehmerbeteiligung.....	27
1. Begriff der materiellen Arbeitnehmerbeteiligung .....	27
a. Erfolgsbeteiligung.....	28
b. Kapitalbeteiligung .....	31
2. Qualifikation als Arbeitsentgelt.....	32
a. Erfolgsbeteiligungen .....	33
b. Kapitalbeteiligungen .....	35
3. Abgrenzung der Erfolgsbeteiligung zu Änderungsvorbehalten .....	35
4. Ergebnis .....	36
II. Die staatliche Förderung der Arbeitnehmerbeteiligung .....	37
1. Überblick über die Fördermaßnahmen .....	37
2. Bewertung der derzeitigen Förderung.....	39
a. Nachteile der Kapitalbeteiligung im Allgemeinen .....	40
b. Konkrete Nachteile der Fördermaßnahmen.....	42
III. Ursachen des geringen Verbreitungsgrades der Arbeitnehmerbeteiligung in Deutschland.....	44
1. Das „deutsche Modell“ im internationalen Vergleich .....	45
a. Arbeitnehmerbeteiligung in Frankreich .....	45
b. Arbeitnehmerbeteiligung in Großbritannien.....	51
c. Arbeitnehmerbeteiligung in den Vereinigten Staaten.....	54
2. Einflüsse auf die Verbreitung der Arbeitnehmerbeteiligung in Deutschland.....	57

C. Verfassungsrechtliche Implikationen der betrieblichen Entgeltflexibilisierung und der Arbeitnehmerbeteiligung .....	63
I. Die Normsetzungsbefugnis der Tarifvertragsparteien .....	64
1. Die Normativität des Tarifvertrags .....	64
a. Die Koalitionsfreiheit als Doppelgrundrecht .....	64
aa. Der persönliche Schutzbereich des Artikels 9 III 1 GG .....	65
bb. Das Verhältnis der kollektiven zur individuellen Koalitionsfreiheit .....	69
b. Der Schutzbereich der kollektiven Koalitionsfreiheit .....	73
aa. Der Koalitionsbegriff des Artikels 9 III GG .....	73
1) Die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses .....	73
2) Die Überbetrieblichkeit von Koalitionen – Voraussetzung ihrer Unabhängigkeit? .....	75
3) Verfassungsrechtliche Grundlagen der Betriebsautonomie .....	80
a) Keine Gewährleistung durch Artikel 9 III GG .....	80
b) Keine ausschließlich privatautonome Legitimation .....	81
aa) Betriebsvereinbarungen als verbandliches Satzungsrecht .....	82
bb) Die „vertragsakzessorische“ Deutung .....	83
cc) Ergebnis .....	84
c) Betriebliche Rechtsetzung und Sozialstaatsprinzip .....	85
d) Die staatliche Anerkennung der Normwirkung betrieblicher Regelungen .....	85
e) Zwischenergebnis .....	87
4) Ergebnis .....	88
bb. Die Normsetzungsbefugnis als Teil der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie .....	88
1) Artikel 9 III 1 GG als Betätigungsgarantie .....	88
2) Der Umfang der Betätigungsgarantie im Allgemeinen .....	94
3) Der Schutz der Tarifautonomie im Besonderen .....	97
4) Die Normativität des Tarifvertrags als Ausfluss der Tarifautonomie .....	99
5) Ergebnis .....	103

2. Die tarifliche Regelbarkeit der Arbeitnehmerbeteiligung.....	103
a. Allgemeine Grenzen der tariflichen Regelungsmacht.....	104
b. Die tarifvertragliche Regelbarkeit der Arbeitnehmerbeteiligung .....	105
aa. Erfolgsbeteiligung .....	105
bb. Kapitalbeteiligung .....	106
c. Tarifvertragliche Ermächtigungsnormen zur substitutiven Arbeitnehmererfolgsbeteiligung.....	111
d. Beispiel für eine Ermächtigung der Betriebsparteien zur erfolgsbezogenen Teilvariabilisierung des Arbeitsentgelts .....	112
3. Ergebnis .....	113
II. Das Günstigkeitsprinzip .....	113
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Günstigkeitsprinzips .....	114
a. Die Teilhabe des Günstigkeitsprinzips am Schutzbereich des Artikels 9 III 1 GG .....	115
aa. Günstigkeitsprinzip und Institutsgarantie.....	115
bb. Günstigkeitsprinzip als Innenschranke der kollektiven Koalitionsfreiheit.....	117
cc. Günstigkeitsprinzip und negative Koalitionsfreiheit .....	121
b. Das Günstigkeitsprinzip im Spannungsfeld zwischen Koalitionsfreiheit und individueller Privatautonomie .....	121
aa. Abgrenzung zwischen Eingriff und Ausgestaltung .....	122
1) Die grundsätzliche Differenzierung zwischen sach- und normgeprägten Gewährleistungen .....	124
2) Die Wahrung des objektiv-rechtlichen Gehalts .....	129
3) Der Eingriffscharakter gesetzlicher Öffnungsklauseln .....	132
bb. Verfassungsrechtliche Anforderungen an Eingriffe in die Tarifautonomie .....	133
1) Die Beschränkbarkeit der Koalitionsfreiheit durch kollidierende Grundrechte und sonstige Rechtsgüter mit Verfassungsrang.....	133
2) Die Ablehnung einer Grundrechtsbindung und gerichtlich überprüfbaren Gemeinwohlverpflichtung der Koalitionen.....	135
3) Die Institutsgarantie eines „Tarifvertragssystems im Sinne des modernen Arbeitsrechts“ .....	140

4) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Wesensgehaltsgarantie .....	146
cc. Die Abwägung der Koalitionsfreiheit mit kollidierenden Rechtsgütern mit Verfassungsrang .....	149
1) Günstigkeitsprinzip und Berufsfreiheit.....	150
2) Günstigkeitsprinzip und Leistungsprinzip .....	151
3) Günstigkeitsprinzip und Sozialstaatsprinzip .....	152
c. Ergebnis .....	153
2. Konsequenzen für die Auslegung des Günstigkeitsprinzips .....	154
a. Die Ablehnung eines allein quantitativen Günstigkeitsvergleichs .....	154
b. Bedenken gegen einen grundsätzlichen Vorrang freiwilliger arbeitsvertraglicher Abweichungen im geltenden Tarifvertragsrecht .....	157
c. Schwierigkeiten bei der Feststellung individueller Selbstbestimmung im Einzelfall .....	158
d. Bestätigung eines weiten Verständnisses des Günstigkeitsprinzips durch dessen historische Entwicklung .....	159
e. Ergebnis .....	161
III. Der Tarifvorbehalt.....	162

D. Regelungen zur betrieblichen Arbeitnehmerbeteiligung innerhalb des bestehenden Tarifvertragssystems.....	165
I. Regelungsmodelle betrieblicher Arbeitnehmerbeteiligung.....	165
1. Betriebsvereinbarungen zur Arbeitnehmerbeteiligung .....	165
a. Die Reichweite des Tarifvorbehalts.....	166
aa. Tarifvorbehalt und Günstigkeitsprinzip .....	167
bb. Tarifvorbehalt und Regelungsbefugnis in sozialen Angelegenheiten .....	168
b. Die begrenzte Regelungsbefugnis des Betriebsrats gemäß §§ 87 I, 88 BetrVG .....	171
aa. Mitbestimmung über die Auszahlung des Arbeitsentgelts, § 87 I Nr. 4 BetrVG .....	171
bb. Mitbestimmung über Sozialeinrichtungen, § 87 I Nr. 8 BetrVG .....	172

cc. Mitbestimmung über die Lohngestaltung,	
§ 87 I Nr. 10 BetrVG .....	175
1) Der Entgeltcharakter der Beteiligung .....	175
2) Entlohnungsgrundsätze und -methoden .....	176
3) Kollektiver Tatbestand .....	179
4) Beachtung gesellschaftsrechtlicher Schutzvorschriften .....	179
5) Verhältnis des Mitbestimmungsrechts zu tariflichen Regelungen .....	180
dd. Mitbestimmung über leistungsbezogene Entlohnungen, § 87 I Nr. 11 BetrVG .....	181
ee. Mitbestimmung über Maßnahmen der Vermögensbildung, § 88 Nr. 3 BetrVG .....	182
1) Arbeitnehmerkapitalbeteiligung als Maßnahme der Vermögensbildung .....	183
2) Zur Sperrwirkung von Tarifverträgen .....	184
3) Zwischenergebnis .....	184
ff. Ergebnis .....	185
c. Die Annahme einer umfassenden Regelungsbefugnis der Betriebsparteien .....	185
aa. Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zum „Leber-Rüthers-Kompromiss“ .....	186
bb. Keine „Friktionen“ bei der Verknüpfung der tarifvertraglichen mit der betrieblichen Rechtsetzung .....	188
cc. Die Beachtung des Tarifvorbehalts .....	190
d. Die Grenzen der betrieblichen Regelungsbefugnis gemäß § 75 BetrVG .....	191
e. Ergebnis .....	193
2. Arbeitsvertragliche Regelungen zur Arbeitnehmerbeteiligung .....	194
a. Betriebseinheitliche Regelung durch gleichlautende Einzelverträge .....	194
b. Inhaltskontrolle .....	196
aa. Vereinbarungen zur Arbeitnehmerbeteiligung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	196
1) Keine Inhaltskontrolle anhand von Tarifverträgen und sonstigen Kollektivvereinbarungen .....	197

2) Die Überprüfbarkeit vertraglich in Bezug genommener Tarifnormen.....	197
3) Der Schutz des Arbeitnehmers vor intransparenten und unangemessen benachteiligenden Beteiligungsklauseln .....	198
4) Folgen der Unwirksamkeit Allgemeiner Geschäftsbedingungen .....	201
bb. Die Zulässigkeit arbeitsvertraglicher Lohnverwendungsabreden .....	202
cc. Prozentuale Untergrenzen der Mindestentgelte .....	203
1) Individualabreden zur Erfolgsbeteiligung .....	203
2) Erfolgsbeteiligungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	206
a) Die Rechtsprechung zur Teilflexibilisierung des Arbeitsentgeltes im Rahmen von Änderungsvorbehalten .....	206
b) Die Rechtsprechung zu Provisionen und echten Leistungszulagen.....	209
3) Ergebnis .....	210
dd. Die Befristung der Entgeltflexibilisierung .....	211
ee. Die Wahl der Bezugsgröße .....	214
ff. Bestandsklauseln .....	215
c. Die Abweichung von Betriebsvereinbarungen zur Arbeitnehmerbeteiligung .....	217
3. Ergebnis .....	218
II. Die Günstigkeit arbeitsvertraglicher Regelungen zur Arbeitnehmerbeteiligung .....	219
1. Anwendbarkeit des Günstigkeitsprinzips im Verhältnis zwischen Arbeits- und Tarifvertrag .....	220
2. Methoden zur Bestimmung der Günstigkeit arbeitsvertraglicher Regelungen.....	222
a. Vergleichsgegenstand.....	222
b. Vergleichsinteresse .....	229
c. Vergleichsperspektive .....	232
d. Vergleichszeitpunkt.....	236
3. Kriterien zur Bestimmung der Günstigkeit materieller Arbeitnehmerbeteiligung .....	237
a. Substitutive Arbeitnehmerbeteiligung als „ambivalente“ Vereinbarung .....	237

b. Günstigkeit durch Einräumung eines Wahlrechts für den Arbeitnehmer.....	239
c. Prozentuale Lohnuntergrenzen in Erfolgsbeteiligungsmodellen.....	243
d. Befristung der Entgeltflexibilisierung.....	245
e. Berücksichtigung der Tariflohnentwicklung während der Laufzeit .....	246
f. Mehrheitliche Zustimmung der Belegschaft .....	247
4. Die Behandlung von Zweifelsfällen .....	249
a. Zweifel hinsichtlich der Günstigkeit.....	250
b. Gleichwertigkeit der arbeitsvertraglichen und tariflichen Regelungen.....	250
5. Ergebnis .....	251
6. Beispiel für eine Vereinbarung zur substitutiven Arbeitnehmererfolgsbeteiligung .....	252
III. Die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerbeteiligung .....	253
1. Klagen im Zusammenhang mit der Gewährung einer Erfolgs- bzw. Kapitalbeteiligung.....	253
2. Klagen im Zusammenhang mit Erträgen aus einem bestehenden Beteiligungsverhältnis.....	254
E. Die Verfassungsmäßigkeit gesetzlicher Änderungen zur Erleichterung substitutiver Arbeitnehmererfolgsbeteiligung .....	257
I. Gegenstand der Reformvorschläge .....	258
1. Die wichtigsten Gesetzentwürfe.....	260
2. Die rechtspolitische Diskussion.....	262
3. Relevanz für die substitutive Arbeitnehmerbeteiligung.....	263
II. Die Verfassungsmäßigkeit einer gesetzlichen Definition des Günstigkeitsbegriffs.....	264
1. Betroffene Grundrechtspositionen .....	266
a. Grundrechtspositionen der Tarifvertragsparteien.....	266
b. Grundrechtspositionen der Arbeitnehmer .....	271
2. Eigener Gesetzesvorschlag .....	272
III. Die Verfassungswidrigkeit einer Einschränkung des Tarifvorbehalts .....	275

1. Grundsätzliche Bedenken gegen eine Einschränkung des Tarifvorbehaltes .....	276
2. Die Einschränkung des Tarifvorbehaltes zur Ermöglichung substitutiver Arbeitnehmerbeteiligung.....	281
3. Bedenken gegen die Einführung substitutiver Arbeitnehmerbeteiligung ohne Zustimmung der betroffenen Arbeitnehmer.....	282
IV. Ergebnis .....	283
F. Zusammenfassung in Thesenform .....	285
G. Literaturverzeichnis.....	293